

Helfer benötigen Unterstützung bei Hilfe

Von Jürgen Langenkämper

Minden

(mt). Vielen Flüchtlingen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung nach Deutschland geflohen sind, fehlt der Kontakt zu Einheimischen, um die Sprache besser und schneller zu lernen. „Es ist nicht so einfach“, sagt Kameran Ebrahim, der diese Erfahrung in seiner Jugend als junger kurdischer Flüchtling aus Syrien selbst gemacht hat. Wie solche Kontakte gefördert werden können und welche Nöte den Kommunen in der Flüchtlingsbetreuung aktuell auf den Nägeln brennen, wollen die SPD-Abgeordneten Achim Post (MdB) und Inge Howe (MdL) bei einem Besuch vor Ort von dem Vorsitzenden des Integrationsrates wissen.

Kameran Ebrahim hat nicht nur selbst erlebt, wie Integration gelingen kann, er ist auch als Teilzeitkraft im Stadtteilbüro Rodenbeck tätig. „Es ist ganz wichtig, dass Menschen aus der jeweiligen ‚Community‘ mitarbeiten“, sagt der Integrationsbeauftragte der Stadt, Norbert Scherpe. Zum einen, um die Sprachbarriere in der ersten Phase nach der Ankunft zu überwinden, zum anderen, um einen besseren Einblick in die jeweiligen Gruppen zu erhalten und mögliche Probleme frühzeitig zu erkennen.

In der Praxis läuft die Hilfe durch Zuwanderer, die schon länger in Deutschland sind, längst. Sie begleiten Flüchtlinge bei Behördengängen, Arztbesuchen und Einkäufen. Dabei nehmen sie auch Aufwand für Fahrten auf sich. Wenn es aber über das erwartbare Maß hinausgehe, müsse dies auch honoriert werden, sagt Scherpe und regt eine finanzielle Entschädigung und eine Vergütung an. Er plädiert für eine Öffnung der Anstellungsmöglichkeiten für Migranten mit Kompetenzen.

Doch den Kommunen fehlt das Geld. Zwar ist Minden dank der Weitsicht der Akteure in der vergleichsweise günstigen Situation, Familien in Wohnungen in Rodenbeck unterbringen zu können. Doch der Bedarf steigt. Ein weiteres Haus wird gerade in Bärenkämpen dank eines Investors als Partner der Stadt für die Aufnahme vorbereitet.

Angesichts des Ausmaßes sagt Norbert Scherpe: „Was fehlt, sind Mittelpersonen, die Leute an die Hand nehmen.“ Dabei stellen die Beteiligten eine große Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in der Flüchtlingsarbeit fest – nicht zuletzt auch von Menschen, die in ihrer Kindheit und Jugend vor 60, 70 Jahren ein Flüchtlingsschicksal erlitten haben. Auch wollen Menschen helfen, die selbst anfangs fremd waren und jetzt gut integriert sind. „Es gibt Leute, die zu uns sagen, ihr habt mir geholfen, ihr könnt mich jederzeit anrufen“, berichtet Beatrix Dunker vom Fachdienst für Integration und Migration der Caritas.

Um Ehrenamtliche richtig einzusetzen, bedarf es zusätzlicher Koordination. Die Caritas will eine solche Instanz schaffen und die Stadt auf einer Internetseite mit Vermittlungsbörse informieren. „Minden hat seit dem vergangenen Jahr einen deutlichen Sprung nach vorn gemacht“, berichtet Detlef Müller, der das Bündnis „Minden Hand in Hand“ initiiert hat und dabei auf Resonanz von vielen Seiten gestoßen ist. Was in der Region aber noch fehle, seien Kapazitäten für die Behandlung von Traumatisierten. „In Ostwestfalen gibt es nur eine Einrichtung in Paderborn.“ Bedarf bestehe in ganz Nordrhein-Westfalen, ergänzt Inge Howe.

Die Stadtverordnete Ulrike Schulze, im SPD-Arbeitskreis Integration aktiv, unterstreicht noch einmal die Bedeutung des Spracherwerbs. „Deutsch-Kurse müssen eher einsetzen, besonders bei Leuten, die vorher schon angefangen hatten zu studieren.“

Denn die Tatsache, dass zu viel Zeit ungenutzt verstreicht, lässt viele Flüchtlinge verzweifeln – besonders wenn jemand, der später gekommen ist als er selbst, eine ersehnte Anerkennung früher erhält. „Ich bin schon gefragt worden, ob jemand Bestechungsgeld zahlen müsse“, erzählt Kameran Ebrahim. „Was mir am Herzen liegt, wäre, die Asylverfahren zu verkürzen – sechs Monate sind okay, aber nicht zwei Jahre.“ Er fürchtet, dass die von solch langen Verfahren Betroffenen sonst „einfach verloren“ gingen.

Die Ungleichbehandlung von Flüchtlingen ist SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Doris Steinmann ein Dorn im Auge.

Sie richtet die „ganz große Bitte“ an die Abgeordneten, dies abzustellen und Flüchtlinge in diesem Punkt „über einen Kamm zu scheren“.

Nach Gesprächen mit Handwerkern, die Auszubildende suchen, sieht Achim Post in dem gegenwärtigen Zustrom nicht nur „das Problem, sondern auch die Chance“. Er kritisiert, dass beim Flüchtlingsgipfel der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten keine Vertreter der kommunalen Ebene eingeladen waren. „Die finanzielle Entlastung der Kommunen kommt erst später, aber die Flüchtlinge sind schon jetzt da“, sagt er und sagt die Fortsetzung des Dialogs zu.

„Die Entlastung kommt erst später, aber die Flüchtlinge sind schon jetzt da.“

